Herr Weiser verwies hinsichtlich aktueller Sachstandsberichte und Kostenverfolgungen zu den Pilotprojekten und ISEK-Maßnahmen auf die der Einladung beigefügten Anlagen.
Darüber hinaus stellte er noch zwei Abschlussberichte vor. Die Projekte liegen schon etwas länger zurück, aber erst nach Vorlage der letzten Schlusszahlung kann in der Regel auch der kaufmännische Teil abgeschlossen werden. Bei der einen Maßnahme handelt es sich um die Brandschutzmaßnahmen sowie den Einbau der Brandmeldeanlage im RSG, wobei sich im Foyer des RSG aufgrund statischer Probleme eher größere Maßnahmen abzeichneten. Damals wurde ein Gesamtbudget von 310.000 Euro dafür veranschlagt. Das Projekt konnte kaufmännisch mit 288.880 Euro abgeschlossen werden, d.h. mit einem finanziellen Puffer von ca. 21.000 Euro.

Bei der zweiten kleineren Maßnahme ging es um den Umtausch von Brandschutzklappen und Ausbauten sowie Ersatzvornahmen im Bereich der Lüftungsanlage, die durch eigenes Personal gut unterstützt werden konnte. Von den budgetierten 10.000 Euro wurden lediglich 4.200 Euro verbraucht.

Hinsichtlich des Wasserschadens in der Flüchtlingsunterkunft „Schützenweg“ der durch Nutzer entstanden ist, wurde vom Versicherer mitgeteilt, dass der Schaden nicht durch die Versicherung abgedeckt ist. Ein Verweis an die Großschadensregulierungsabteilung dieser Versicherung und mehrere Gespräche mit dem Sachverständigen führten dazu, dass die Versicherung jetzt den Schaden übernimmt. Nach heutigem Stand beläuft sich der bezifferte Schaden auf 110.000 Euro. Es wurde mit der Versicherung vereinbart, dass die Stadt die Schadensregulierung durchführt. Die erste Zahlung von 50.000 Euro ist bereits eingegangen. Es soll nun zügig die Planung ausgeschrieben und vergeben werden. Die Ausführung soll dann Anfang bis Mitte August 2017 erfolgen und in der 44.KW abgeschlossen werden, was auch mit dem FB 4 so abgestimmt wurde.

Beim Fachraumtrakt in Menden gibt es derzeit eine Risikosituation mit einer Fachfirma, die durch Behinderungsanzeigen Probleme macht. Da auch durch mehrere Gespräche sich keine Lösung abzeichnete, wurde aus terminlichen und wirtschaftlichen Gründen ein Anwalt eingeschaltet.

Aufgrund der Sommerpause kündigte er an, dass für das eine oder andere Projekt eine Dringlichkeitsentscheidung vorgelegt werden muss, dies betrifft auch die Maßnahme „KiTa Deichstraße“, die heute als Nachtrag vorliegt. Es sollen weitere Gewerke beauftragt werden, die keinen Aufschub dulden.

Hinsichtlich des ISEK-Projektes Jugendzentrum machte er auf Änderungen bei den Außenanlagen aufmerksam. Er verwies an Frau Ganteföhr, die den Planungsentwurf und den Verlauf der Maßnahme erläuterte.

Herr Günther wollte wissen um welche Bauabschnitte es sich im Einzelnen handelt.

Frau Ganteföhr stellte dar, dass das eingezäunte Außengelände der KiTa den 1.BA darstellt. Eventuelle Restbauarbeiten in diesem Bereich sollen dann Mitte des Jahres 2018 erfolgen und die Abschlussarbeiten erfolgen, wenn der Neubau fertig gestellt ist.

Herr Werner Müller stellte verwundert fest, dass bei Vorstellung des Entwurfs allgemeine Kenntnis vorausgesetzt wird. Er gestand ein, dass ihm die Pläne zur Außenanlage nicht bekannt sind und fragte nach, ob diese schon offen gelegt worden sind. Da dies offenbar im Zentrumsausschuss gewesen ist, räumte er ein, dass nicht alle aus seiner Fraktion in diesem Ausschuss vertreten sind. Da nicht alle den gleichen Kenntnisstand haben, sah er sich nicht in der Lage eine Erklärung abzugeben, aber nahm den Entwurf zur Kenntnis.

Frau Leitterstorf wünschte, dass der Entwurf der Niederschrift beigefügt wird.

Aktuelle Anmerkung:
Der Entwurf der Planung ist der Niederschrift als **Anlage -1-** beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Quast, welches Gewerk beim Fachraumtrakt Menden sich derzeit als problematisch darstellt, antwortete Herr Weiser, dass es sich dabei um das Elektrogewerk handelt.

Zur Flüchtlingsunterkunft „Hangweg“ fragte Herr Günther nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Weiser konnte mitteilen, dass die Unterkunft baulich fertig gestellt ist und kurzfristig die Nutzung und Inbetriebnahme durch die Stabstelle erfolgen wird.

Herrn Günther interessierte, woher die Belegungen kommen werden und wie viele es sind.

Herr Weiser verwies hier auf die Stabstelle, die dazu verschiedene Ansätze an. Dabei geht es um Umbelegungen oder Aufnahmen von außerhalb, aber auch darum, dass Unterkünfte, die stark sanierungsbedürftig sind, auch saniert werden sollen, was aber nicht im laufenden Betrieb möglich ist. Aber zur Anzahl der Flüchtlinge kann er keine Angaben machen.

Herr Werner Müller fragte zur Flüchtlingsunterkunft „Schützenweg“, dass im Rat zusätzliche Ausgaben für die Erstellung des Dammes bzw. Schutzwalls, was ursprünglich einmal eine Lagermiete für Aushub war, beschlossen wurde. Diesbezüglich wollte er wissen ob es Pläne zu Bepflanzungen bzw. optischen Verschönerungen gibt und falls ja, wann diese Pläne umgesetzt werden.

Herr Weiser erklärte, dass es voraussichtlich eine pflegearme Begrünung geben wird, was mit dem Bauhof und dem BNU abgestimmt ist. Mit der Stabstelle wurde ein Gespräch terminiert, wo diese beiden Themen Begrünung des Walls und der Zwischenflächen angegangen werden. Der FB 9 verfügt in diesem Fall über das Budget und wird es dafür auch zur Verfügung stellen. Voraussichtlich wird dies in der nächsten Pflanzperiode im Herbst erfolgen.

Herr Piéla fragte nach, ob darüber nachgedacht wurde, Spielgeräte aus den vorhandenen Beständen der Stadt für die Kinder zu installieren und wie die Verwaltung gedenkt auf dem Gelände für Beschattung zu sorgen.

Herr Weiser erklärte hierzu, sofern die Stabstelle den Bedarf hierfür festgestellt hat, wird sie solche Maßnahmen, mit Unterstützung des Bauhofes, auch ergreifen.

Herr Gleß bestätigte, dass die Stabstelle darüber in Kenntnis gesetzt wurde, auch im Hinblick auf eine Diskussion im Ausschuss zu dieser Thematik. Er konnte aber nicht für die Stabstelle sprechen.

Herrn Piéla reichte das Erkennen des Handlungsbedarfes nicht aus und betonte, dass diesem auch eine Umsetzung folgen muss.

Herr Gless sicherte zu, dies vorerst verwaltungsintern regeln zu wollen

Frau Leitterstorf bezog sich auf den vorliegenden Nachtrag und die Nachreichung, die mit kritischen Bemerkungen des RPA versehen sind. Sie bat darum, in enger Abstimmung mit dem RPA, im Hinblick auf die angekündigten Dringlichkeitsentscheidungen alles zu tun, damit später der Förderung nichts im Wege steht.

Herr Piéla betonte, dass diese Aufforderung eher für den nicht öffentlichen Bereich gilt, aber es wird schon im öffentlichen Teil aufgenommen.